

Notbremse für Brummis

EU will CO₂-Ausstoß von Lkw-Motoren bis 2030 um 30 Prozent senken und Verkehr sicherer machen. Kritiker: Fahrzeuge könnten noch viel sparsamer sein

Von **Bernhard Pötter**

Nach Jahrzehnten der klimapolitischen Geisterfahrt sollen nun auch Lastwagen in Europa eine CO₂-Obergrenze bekommen. Bis 2025 sollen die Motoren von Lkws und schweren Nutzfahrzeugen bei gleicher Leistung im Schnitt um 15 Prozent weniger Klimagas ausstoßen, bis 2030 sogar 30 Prozent weniger. Das hat die EU-Kommission am Donnerstag gefordert. „Zuersten Mal überhaupt schlagen wir Standards für Lkws vor“, sagte EU-Kommissar Miguel Arias Cañete in Brüssel.

Bisher war der Lkw-Verkehr von allen Klimaregeln ausgenommen. Deshalb sind die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr im Gegensatz zu anderen Sektoren wie Industrie oder Energiewirtschaft gestiegen, und die Effi-

zienz der Motoren hat sich seit Jahren praktisch nicht verändert: Ein 40-Tonnen-Lkw verbraucht immer noch etwa 30 Liter Diesel auf 100 Kilometer. Mit dem Vorschlag der Kommission, der nun mit den EU-Staaten und dem Parlament abgestimmt werden muss, werde die Europäische Union so viel CO₂ vermeiden, wie Schweden ausstoße, die Speditionen könnten etwa 5.000 Euro Spritkosten im Jahr sparen, so Cañete.

Während die Industrie weit niedrigere Standards verlangt hatte, wollen Umweltexperten strengere Maßstäbe: Statt 15 seien bis 2025 gut 27 Prozent mehr Effizienz mit existierenden Techniken machbar, hieß es von der Umweltorganisation International Council on Clean Transportation. Und bis 2030 seien 43 Prozent zu schaffen.

Die Grenzwerte sind Teil eines großen „Mobilitätspakets“ der EU-Kommission. Damit will sie den Verkehr „sicherer, sauberer und inklusiver machen“, wie EU-Vizechef Maroš Šefčovič sagte. Die Zahl der jährlich 25.300 Verkehrstoten solle halbiert werden und sich bis 2050 der Null nähern. Dazu sollen Autos verpflichtend mit automatischen Bremssystemen oder Spurassistenten ausgestattet werden.

Auch die Luftqualität müsse sich verbessern, weshalb sechs Länder, darunter Deutschland, vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden (*siehe Seite 2*). Außerdem will die EU-Kommission eine europäische Batterieproduktion für E-Autos ankurbeln und stellt dafür 450 Millionen Euro an Forschungsgeldern in Aussicht.

Zahl des Tages

3 Pestizid-Wirkstoffe

Nimm das, Bayer! Das Gericht der EU hat am Donnerstag Teilverbote von drei bienenschädlichen Pestizidwirkstoffen bestätigt. Die Richter wiesen die Klagen des deutschen Chemiekonzerns und seines Schweizer Konkurrenten Syngenta in vollem Umfang ab. Die EU-Kommission hatte 2013 den Einsatz der **Neonikotinoide** mit den Wirkstoffen Clothianidin, Thiamethoxam und Imidacloprid eingeschränkt. Das Gericht rechtfertigte das nun mit verschärften EU-Anforderungen an Pestizide und dem Prinzip der Vorsorge auch gegen noch nicht hundertprozentig bewiesene Risiken. Das ist ja mal schön für die Bienen, aber Bayers nicht minder schlimme Fusion mit Monsanto hat die EU ja genehmigt.



Erika Steinbach ist seit März Vorstandsvorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung. Schon zuvor warb die ehemalige CDU-Politikerin für die AfD
Foto: Sebastian Gollnow/dpa/picture alliance

AfD-nahe Stiftung hat Konto bei der GLS Bank

Der taz liegen Briefe von empörten KundInnen vor, die eine Erklärung von dem sozial-ökologischen Geldinstitut fordern. Dieses schweigt mit Verweis auf das Bankgeheimnis

Von **Lalon Sander**

Kunden der GLS Bank protestieren dagegen, dass das sozialökologische Geldinstitut der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung ein Konto eingerichtet hat. Der taz liegen mehrere Schreiben vor, in denen Kunden argumentieren, dass die Stiftung nicht zu den Werten der Bank passe. Darunter sind auch Schreiben von Vereinen. Noch am Donnerstag wurde auf der Internetseite der Stiftung auf das GLS-Bankkonto verwiesen.

Die GLS Bank kommentiert den Fall lediglich mit zwei Standardsätzen und verweist auf das Bankgeheimnis. „Aus Datenschutzgründen darf ich Ihnen leider keine Auskunft zu einem einzelnen Konto geben“, sagte Bank-Sprecher Christof Lützel der taz. „Seien Sie aber versichert, dass wir den Sachverhalt kritisch prüfen.“ Zur Frage, ob AfD-nahe Institutionen zur Bank passen würden, sagte er, er könne in diesem Zusam-

menhang keine Auskunft geben. Der Vorfall ist überraschend, denn die GLS Bank präsentiert sich offensiv als soziale und ökologische Bank, deren Ziel nicht allein der finanzielle, sondern auch der gesellschaftliche Gewinn sei. Zahlreiche linke, ökologische und auch Flüchtlingshilfe-Initiativen haben ihr Konto

Nun ist eine flüchtlingsfeindliche Organisation bei der Hausbank vieler linker Initiativen

bei der Bank. Dem Institut zufolge engagieren sich MitarbeiterInnen in der Flüchtlingshilfe und auf seiner Internetseite verweist es auf Projekte, die Asylsuchende unterstützen.

Als im Jahr 2015 eine Kundin fragte, ob die GLS Bank auf ihrer Internetseite auch Initiativen vorstellen würde, die ver-

suchen, „der Invasion unseres Landes durch Flüchtlinge Einhalt gebieten“, veröffentlichte sie ihre Antwort an die Frau. Darin hieß es, die GLS Bank wolle die „Gesellschaft menschlicher und lebenswerter“ machen für Menschen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Religion. Auch den Begriff „Invasion“ für die Einreise von Flüchtlingen wies sie zurück: Er sei unpassend für Menschen, „die in friedlicher Absicht und der Hoffnung auf ein sicheres und besseres Leben zu uns kommen“.

Nun dürfte die Bank eine neue Kundin haben, deren Chefin als flüchtlingsfeindlich bekannt ist. Die Vorstandsvorsitzende der Erasmus-Stiftung, Erika Steinbach, hat seit ihrer Wahl in das Amt im März in einem Tweet Homosexualität mit Kindesmissbrauch in Verbindung gebracht und in der FAZ dafür plädiert, den 8. Mai 1945 nicht mehr als „Tag der Befreiung“ zu bezeichnen. Zuvor hatte sie 2016 wie die GLS-Kundin im

Zusammenhang mit Geflüchteten ebenfalls von „Invasion“ gesprochen.

Die Erasmus-Stiftung selbst beschreibt sich als der AfD ideell nahestehend. Dazu gehört neuerdings auch, dass die AfD in Thüringen die „Durchmischung der Bevölkerung mit Personen-Gruppen anderer Hautfarbe“ ablehnt oder dass die Partei im Bundestag die Regierung fragte, wie Behinderung, Inzest und Einwanderung zusammenhängen. Auf ihrer Website gibt die Stiftung an, sich gegen eine „Einengung des ‚zulässigen‘ Meinungsspektrums“ zu engagieren.

Im Sommer soll die Erasmus-Stiftung bei einem Parteitag zur offiziellen AfD-Stiftung gemacht werden. Der Parteivorstand sprach sich erst kürzlich dafür aus. (*Offenlegung: Die taz hat Konten bei der GLS Bank. Das neue Verlagshaus der taz wird mit einem Darlehen der Bank gebaut.*)

Scheuer jubelt über Niederlage im Maut-Streit

Bund schließt mit Toll Collect Vergleich über 3,2 Milliarden Euro. Gefordert hatte er das Dreifache

Von **Malte Kreutzfeldt**

Beim Bundesverkehrsminister kannte die Begeisterung kaum Grenzen. „Wir haben heute einen historischen Durchbruch im Lkw-Maut-Streit erzielt“, verkündete Andres Scheuer am Mittwochabend – und ließ keinen Zweifel daran, wem dies zu verdanken sei: „Ich habe die Verhandlungen zur Chefsache gemacht“, erklärte der CSU-Mann.

Grund für das Selbstlob des Ministers: Im Rahmen eines Vergleichs bekommt der Bund von Daimler und Deutscher Telekom, den Hauptgesellschaftern des Mautbetreiberkonsortiums Toll Collect, nach Darstellung des Ministeriums 3,2 Milliarden Euro.

Hintergrund ist die verspätete Inbetriebnahme der Maut-Anlagen: Weil die Erfassung erst 2005 startete statt wie vereinbart 2003, hatte der Bund vor einem Schiedsgericht gegen Toll Collect geklagt. Weil gleichzeitig ein Teil der Betreibervergütung einbehalten wurde, hatte Toll Collect seinerseits die Regierung verklagt. Durch die nun erzielte Einigung sollen beide Verfahren eingestellt werden.

Tatsächlich zahlen werden die Unternehmen aber nur 1,2 Milliarden Euro; weitere 1,1 Milliarden wurden vom Bund bereits einbehalten. Aufgeführt werden zudem unter anderem rund 650 Millionen Euro „potenzielle Zinsforderungen“, für die die Unternehmen bislang aber keine Zahlungen einplanen. Der Bund hat sich demnach nur zu einem kleinen Teil durchgesetzt – gefordert hatte er insgesamt 9,5 Milliarden Euro. Doch diese Zahl hätte beim Jubeln offenbar gestört – in der ausführlichen Pressemitteilung des Ministers taucht sie darum nicht auf.

Zufrieden mit dem Deal äußerte sich Telekom-Chef Tim Höttes. „Ich finde, das ist ein faires Ergebnis“, sagte er laut dpa am Rande der Hauptversammlung des Unternehmens. Auch Daimler nannte das Vorgehen in einer Mitteilung „sinnvoll“. Scharfe Kritik kam von Grünen und Linken. „Mit der Einigung werden praktisch Milliarden an das Mautkonsortium verschenkt“, sagte Grünen-Verkehrspolitiker Stephan Kühn. Victor Perli, Haushaltspolitiker der Linken, forderte, die Mauterhebung durch private Konzerne zu beenden: „Betrieb und Gewinne der Lkw-Maut gehören zu hundert Prozent in öffentliche Hand.“

Dazu kommt es aber wohl nicht: Der Betrieb des Mautsystems wird in diesem Jahr neu ausgeschrieben – und nach Beilegung des Schiedsverfahrens können sich auch Daimler und Telekom wieder mit Aussicht auf Erfolg bewerben.

Die Kolumne „Wir retten die Welt“ erscheint aus Platzgründen diese Woche nur online unter taz.de/!5506962

brief des tages



Spirit der Verbundenheit in der Bibliothek

„**Räume der Begegnung**“, taz vom 5./6. 5. 18
Liebe taz, herzlichen Dank für das tolle Interview. Ich möchte Kirsten Kappert-Gonthers Position unterstützen. Als langjähriger aktiver Nutzer von Stadtbibliotheken, insbesondere der von Köln, habe ich das ganz Besondere dieser öffentlichen Dienstleistung immer sehr geschätzt. Neben all den praktischen Vorteilen spüre ich dort die Atmosphäre einer ruhigen, konstruktiven Öffentlichkeit. Einer Öffentlichkeit, in der es Begegnung gibt und individuelles Lesen oder Stöbern, und über allem einen Spirit der Verbundenheit, wie ein großes Forscherteam. Ein Forscherteam allerdings, und das gefällt mir besonders, in dem vom Scienc-Fiction- und Serien-Fan über den Bildungsbürger auf der Suche nach einer Goethe-Biografie bis zur Erzieherin, die stapelweise Kinderbücher im Arm hat, jeder seinen Platz hat und mit dem gleichen Wohlwollen und der gleichen Kompetenz von den Angestellten unterstützt wird. Apropos Angestellte: Erfreulicherweise hat die Stadt Köln, soweit für mich erkennbar, in den letzten Jahren weder am Stellenschlüssel noch am Beschaffungsetat gespart. Eine solche Einrichtung auch sonntags zu öffnen – ein wunderbarer Vorschlag. *Martin Esch, Köln*